

Gute Zeiten für private US-Gefängnisse



Ein gutes Geschäft: Zuwanderer-Häftlinge in Kalifornien. Foto: John Moore (Getty)

Das gewinnorientierte Geschäft mit Inhaftierten wird dank Präsident Trump und seiner harten Ausschaffungspolitik noch lukrativer. Dabei sind private Haftanstalten äusserst umstritten.

Walter Niederberger San Francisco

Die kommerziellen Gefängniskonzerne gehören zu den grössten Profiteuren der Privatisierungspolitik des Präsidenten. Die Regierung Trump machte letzte Woche einen Entscheid von Barack Obama rückgängig: Sie sicherte den privaten Gefängnisbetreibern zu, auslaufende Verträge zu erneuern und sie noch stärker als bis anhin für die Rückschaffung von Zehntausenden Einwanderern einzusetzen. Die Konzerne hatten dafür schon früh das Terrain geebnet und Trump im Wahlkampf sowie an der Inaugurationsfeier finanziell unterstützt.

Die Aussicht auf höhere Profite haben die Aktien der zwei führenden Konzerne, der GEO Group und Core Civic, bereits stark steigen lassen. Mit Gewinnen von 100 beziehungsweise 150 Prozent gehören sie zu den grössten Profiteuren der Trump-Wahl. Sie haben damit die Verluste vom vergangenen August mehr als wettgemacht, als das Justizministerium der Regierung Obama ankündete, die Verträge nach und nach auslaufen zu lassen und den Strafvollzug wieder voll den staatlichen Gefängnissen zu übergeben.

Mehr Gewalt, mehr Suizide

Obama stützte sich dafür auf eine Inspektion von mehr als einem Dutzend privater Haftanstalten. Das Justizministerium kam dabei zum Schluss, dass das Experiment des privatisierten Strafvollzugs, das Präsident Ronald Reagan begonnen hatte, die Erwartungen nicht erfüllt. Die Inhaftierten in privaten Haftanstalten hätten in der Regel eine schlechtere Gesundheitsversorgung, seien häufiger Gewalt durch Mitgefangene ausgesetzt, und sie begingen mehr Suizide, hiess es im Bericht. Auch verhängten die Aufseher willkürlich Disziplinarstrafen, um die Haftdauer zu verlängern und so Einnahmen und Gewinne für das Management und die Aktionäre zu generieren. Sodann hätten die Drogenbanden das private System noch mehr unter Kontrolle gebracht, als das in öffentlichen Anstalten der Fall sei.

Auch das Argument der tieferen Kosten fällt gemäss dem Bericht in sich zusammen. Zwar verrechnen die Privatgefängnisse nur 68 Dollar pro Tag und Inhaftierten, 15 Prozent weniger als öffentlichen Anstalten. Doch sind darin keine Transportkosten enthalten. Auch beschäftigen die Privaten keine gewerkschaftlich organisierten Aufseher. Ihre Löhne sind tiefer, was laut Gefangenenorganisation zur Anstellung von weniger gut qualifizierten Leuten führt. Werden alle Kosten einberechnet, sind Privatgefängnisse nicht günstiger.

Die härtere Deportationspolitik ist für private Gefängnisbetreiber besonders lukrativ, da sie mit den Ausschaffungszentren mehr verdienen als mit Gefängnissen. Letztes Jahr schon hatte die Regierung 65 Prozent aller Ausschaffungen an private Firmen abgetreten; dieses Jahr dürften es deutlich mehr sein. Zusammen mit den überdurchschnittlich vielen illegalen Grenzübertritten im Südwesten würden die Erlasse der Regierung Trump «den Bedarf nach sicheren, humanen und angemessenen Auffangzentren erhöhen», versicherte Damon Hininger, Chef von Core Civic, kürzlich den Aktionären. «Wir können dies anbieten.»

Illegale Zuwanderer sind ein besseres Geschäft als Langzeitgefangene, da sie nur minimal betreut werden. Die Ansprüche an Gesundheitsversorgung und Verpflegung sind gemäss dem Inspektionsbericht tiefer als in den staatlichen Zentren. Hinzu kommt für die profitorientierten Firmen ein weiterer Vorteil: Die Regierung Trump plant, die Festgenommenen so lange zu verwahren, bis ihre Ausschaffung gesichert ist.

Demgegenüber folgte die Regierung von Barack Obama der Praxis des «catch and release»: Die Festgenommenen wurden nach summarischer Befragung bis zu ihrem Gerichtstermin auf US-Boden entlassen. Auch deshalb ist die verschärfte Ausschaffungspraxis «eine verlockende Investitionsmöglichkeit» für Aktionäre der Haftindustrie, wie die Finanzberater von Canaccord Genuity schreiben.

Nach dem Sieg von Trump im November liessen sich die Gefängnisfirmen die Amtseinsetzung im Januar einiges kosten. Die GEO Group spendete 225 000 Dollar, die Core Civic gab 250 000 Dollar aus. Zuvor hatte GEO einen Check von 100 000 Dollar an das Aktionskomitee «Rebuilding

America Now» von Trump geschickt. Ein vermögender Wahlkampfspender in Florida, Brian Ballard, konnte dafür die GEO Group als Kunden für seine neue Lobbyfirma gewinnen. Beide Gefängnisunternehmen haben letztes Jahr mehr als zwei Millionen Dollar in ihre Lobbyarbeit investiert.

«Zeit, die Gaunerei abzustellen»

Neben der Regierung haben auch mehrere Bundesstaaten den Vollzug an die privaten Firmen delegiert. Ein halbes Dutzend Staaten verwahrt bereits heute zwischen 22 und 44 Prozent der Verurteilten in privaten Anstalten, darunter die für ihren harten Vollzug berüchtigten Mississippi, Oklahoma, New Mexico und Montana. «Es ist eine internationale Schande, dass wir mehr Menschen einsperren als jedes andere Land», sagte Senator Bernie Sanders schon im Präsidentschaftswahlkampf. Noch schlimmer sei die Bereicherung auf Kosten von Gefangenen. «Es ist Zeit, diese Gaunerei abzustellen.»

Doch Donald Trump sah dies anders und setzte vergangene Woche um, was er im Wahlkampf versprochen hatte. «Wir können mehr privatisieren und wollen mehr private Gefängnisse. Sie funktionieren besser.» Wie hart Trump durchgreifen wird, ist schwer einzuschätzen. Klar ist aber, dass die geringe Anerkennungsquote von nur 18 Prozent aller Asylanträge sinken wird. «Die USA stehen vor einem neuen Gefängnisboom», fürchtet die NGO American Civil Liberties Union, die sich für Bürgerrechte einsetzt. «Das ist ein Rezept für Missbrauch und Vernachlässigung.»

Ein gutes Geschäft: Zuwanderer-Häftlinge in Kalifornien. *Foto: John Moore (Getty)*

(C) Tagesanzeiger. Alle Rechte vorbehalten.